Die veränderte Präsenz von Frauen in der Politik

Birgit Meyer

Von den Müttern lernen
Politikerinnen im Nachkriegsdeutschland und heute[1]

Der Beitrag von Frauen in der Politik droht immer wieder einem kollektiven Gedächtnisverlust anheim zufallen. Exemplarisch hierfür stehen die ersten Politikerinnen der Nachkriegszeit und insbesondere die vier "Mütter des Grundgesetzes", deren Namen - unabhängig davon, wie bekannt sie zu Lebzeiten waren - im Nebel der Geschichte verloren gegangen sind. Denn wer kennt neben Elisabeth Selbert noch Friederike Nadig, Helene Weber oder Helene Wessel?

Auch die katastrophale rechtliche Situation von Frauen in der Nachkriegszeit ist zum Teil vergessen. Wenige erinnern, dass bis zum Ende der 50er Jahre der Ehemann den Arbeitsplatz der Frau gegen ihren Willen kündigen konnte. Und dass er alleine über ihr Vermögen verfügte. Und dass die Frau selbst in der ihr zugestandenen Domäne als Hausfrau und Mutter kaum Rechte, sondern ausschließlich Pflichten hatte. Oder wer erinnert, dass der Schutz von Ehe und Familie vor einer Generation noch so buchstabiert wurde, dass bei Beamtinnen die Heirat als Entlassungsgrund galt?

Wenn heute die verstärkte Einmischung von Frauen in die Politik gefordert wird, so sollte man sich zunächst wieder der Frauen erinnern, die noch vor der Neuen Frauenbewegung der 70er Jahre politisch aktiv in das Zeitgeschehen eingegriffen haben und nicht als *Opfer*, sondern als *Subjekte* ihrer individuellen Lebensgeschichte, aber auch der politischen Sphäre aufgetreten sind. Viele der Politikerinnen der ersten Stunde verkörpern die Antithese zu dem verbreiteten Verdacht, dass in patriarchalischen Gesellschaften immer nur diejenigen Frauen zu Amt und Einfluss kommen, die den Zorn ihres Geschlechts verdrängen und sich den männlichen Mitspielern am nahtlosesten anpassen. Diese Frauen waren nicht bequem und stromlinienförmig oder mütterlich verständnisvoll gegenüber den Nöten ihrer Zeit.
Auf ein sanftes Beschweigen der katastrophalen rechtlichen Situation von Frauen am Ende der nationalsozialistischen Diktatur konnte bei ihnen niemand bauen. Die ersten Politikerinnen der Nachkriegszeit können in seltener Exponiertheit lebensgeschichtlich Zeugenschaft ablegen über die Anfänge der Bundesrepublik und die Entstehung des Grundgesetzes.

50 Jahre später haben wir eine völlig andere Situation: Ob Margaret Thatcher, Rita Süßmuth, Madeleine Albright oder Heide Simonis, sie alle beweisen, dass Politikerinnen heute nicht mehr nur zu den Ausnahmedamen auf dem politischen Parkett gehören oder dort die viel zitierte Alibifrau bleiben. Politik

[1] überarbeitete Fassung des gleichnamigen Aufsatzes aus: "Ein Glückfall für die Demokratie". Elisabeth Selbert (1896-1986). Die große Anwältin der Gleichberechtigung, hrsg. von der Hessischen Landesregierung, Frankfurt 1999.

ist - so hat es zumindest den Anschein - längst nicht mehr nur "Männersache", und Politik als Beruf ist für viele Frauen offenbar ein gar nicht so schmutziges, sondern sogar ein faszinierendes Geschäft. Warum ist das so? Was hat sich verändert in den vergangenen 50 Jahren, nachdem die Frauen in der Bundesrepublik politisch fast bei Null anfangen mussten? Heute haben wir 208 weibliche Abgeordnete im 14. Deutschen Bundestag, das sind rund 31 Prozent - eine noch nie dagewesene Zahl.

Wer sind nun diese heutigen Frauen, die sich in politische Spitzenpositionen zu den sogenannten Entscheidungsträgern vorgewagt haben? Warum lockt Frauen dieses angeblich so männliche Geschäft? Weshalb stellen sie sich einem Raum und Anforderungen, für die es wenig Vorbilder, viele Beschränkungen und Vorurteile gibt und zahlreiche Rückschläge zu erwarten sind? Welche Versprechungen und Vorteile gibt es vielleicht speziell für Frauen in der Politik? Welches Rollen- und politische Selbstverständnis hatten Parlamentarierinnen der frühen Nachkriegszeit im Vergleich zu den Frauen, die heute die Politik zu ihrem Beruf gemacht haben? Und: Gab es frauenbewusste Nachkriegspolitikerinnen, die den späteren Feministinnen nach 1968 Vorbilder waren? All diesen Fragen bin ich mit zwei empirischen Forschungsprojekten über weibliche Bundestagsabgeordnete nachgegangen. Ich habe zahlreiche persönliche Interviews geführt sowie biographische Daten, Aufzeichnungen und politische Quellen ausgewertet. Mich interessierte vor allem, ob es bei den Parlamentarierinnen ein "anderes", ein auf ihr Frausein bezogenes Politikverständnis gab, und ob Frauen vielleicht "anders" Politik machen, wenn man sie denn lässt. Einige Ergebnisse sollen hier beleuchtet werden.

I. Historische Hintergründe: Nachkriegszeit

1945 stand in den meisten deutschen Städten buchstäblich kein Stein mehr auf dem anderen. Die nationalsozialistische Ideologie, die zwölf Jahre lang unzählige Menschen beherrscht und auch teilweise begeistert hatte, war diskreditiert. Das Stichwort "Der schreckliche Friede - Hunger statt Bomben" vermag einiges von dem zu erfassen, was auch die jüngste Frauengeschichtsforschung betont, nämlich dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit Politik und Alltagsbewältigung in einem extremen Maße miteinander verwoben waren und dass die sonst der Privatsphäre zugeordneten und übersehenen Reproduktionsleistungen von Frauen unmittelbare Überlebensarbeit an einer ganzen Nation, einer ganzen Gesellschaft waren. Der mühselige Weg aus dem Chaos der Nachkriegszeit in die Bonner Wohlstandsgesellschaft der 50er/60er Jahre ist in einem entscheidenden Ausmaß von Frauen geebnet und mit gestaltet worden. Ohne die Arbeit von Frauen hätte es in der unmittelbaren Nachkriegszeit keinen Wiederaufbau und später kein "Wirtschaftswunder" gegeben.

Bei Kriegsende gab es sieben Millionen mehr Frauen als Männer, fast vier Millionen waren alleinstehend. Es gab 2,5 Millionen Kriegerwitwen mit Kindern. Viele Frauen mussten im Produktionsbereich (wie bereits schon vor und während des Krieges) Männer ersetzen, und sie mussten in der sog. "erweiterten Hausarbeit" um das Überleben ihrer Angehörigen kämpfen. Die Familie bot in dem allgemeinen Chaos von Tod, Zerstörung und Vertreibung,

von Überleben und Neuanfang oftmals den einzigen Fluchtpunkt. Sie galt als die stabilste Burg in Zeiten, wo alles andere zusammengebrochen war. Und in ihr waren nun traditionellerweise die Frauen aufgerufen, das Alltagsleben wieder neu zu organisieren und von der größten Not zu befreien.

Unmittelbar nach Kriegsende waren frauenpolitische Aktivitäten in allen Besatzungszonen und besonders in Bereichen, die wir heute unkonventionelle nennen, nicht zu übersehen: Zahlreiche Frauen nutzten die Chance zur politischen Partizipation, um "dafür zu sorgen, dass in der öffentlichen Verwaltung, im Berufsleben, in der Kultur Frauen in entscheidende Stellungen hineinkommen, damit überall der Fraueneinfluss spürbar wird."[2] In dieser relativ offenen Situation, in der politische Institutionen wie Parlamente, Parteien aber auch soziale Organisationen wie die Gewerkschaften, in der der Arbeitsmarkt und die sozialen Beziehungen noch nicht wieder durch neue oder tradierte Institutionalisierungen in strukturförmige Bahnen gelenkt waren, ergaben sich Chancen für ein politisch-soziales Engagement von Frauen. Es gab Frauenausschüsse und Frauenbüros in allen größeren Städten, zum Beispiel den Stuttgarter Frauendienst. Es gab den "Stuttgarter Frauenkreis" um Freda Wuesthoff und Ulla Illing, die Gründerin der "Frauenpartei", oder Frauenfriedensorganisationen wie die IFFF (Internationale Liga für Frieden und Freiheit, eine der wenigen Frauenorganisationen mit Tradition seit 1919), die in Stuttgart Ende 1945 von der Pazifistin und Sozialdemokratin Anna Haag wieder ins Leben gerufen worden ist, und in der sie bereits nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied gewesen war. Sichtbar wurde ein neues Selbstbewusstsein, das aus Not und Alleinverantwortung für das Überleben gespeist war mit dem Tenor: "Wir Frauen müssen es machen", gegründet auf ein Rollenverständnis von der besonderen Eignung der Frauen, der Welt ein "menschlicheres" Gesicht zu geben. Die "uneingeschränkte Männerwirtschaft" - so lautete der allgemeine Tenor - hatte Krieg und Zerstörung gebracht. Nun sei es die Verantwortung und Aufgabe der Frauen, der "Welt vielleicht ein anderes, ein heiteres Gesicht" wiederzugeben - so Anna Haag 1946.

2. Motivation zum politischen Engagement

Auf den ersten Blick scheinen sich manche Motive für ein politisches Engagement der Politikerinnen aus den Nachkriegsjahrzehnten und denen der 80er Jahre zu ähneln: ein vitales Gerechtigkeitsbedürfnis sowie der Wunsch, anderen Menschen zu helfen und die Welt zum Besseren hin zu verändern. Dies wird auch von den heute aktiven weiblichen Abgeordneten als entscheidend genannt. Ein persönliches Verantwortungsgefühl gegenüber gesellschaftlichen Zuständen und Nöten der Bevölkerung, ebenso wie die Einsicht in die Notwendigkeit eigener Aktivität sind beherrschende Motive für Frauen, sich politisch zu engagieren. Bei den älteren Politikerinnen gab es nach der Befreiung vom Nationalsozialismus das Motiv, den politischen Neuanfang mit weiblicher Hand besser zu gestalten.

[2] Alle Zitate aus: Birgit Meyer: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, Heerstr. 149, 60488 Frankfurt, 393 Seiten.

Die heutigen Abgeordneten gingen in die politische Arbeit auch unter dem Aspekt, in einflussreiche Positionen zu gelangen, in denen sie "wirklich etwas bewegen" können, "Einfluss bekommen" und "die Macht, etwas durchzusetzen". So antwortet die Berliner Grünen - Abgeordnete Renate Künast auf die Frage nach ihrem Verhältnis zur Macht: "Früher hätte ich immer gedacht, das ist des Teufels. Heute kann ich schamlos sagen: Ich will welche. Ich will mit meinen Gesinnungsgenossen und -genossinnen Macht haben. Aber es gibt realistisch betrachtet nicht die eine Stelle, an der Macht ausgeübt wird." (Frankfurter Rundschau 8.2.1999)

Das ist neu: Gegenwärtig besitzen Parlamentarierinnen den Ehrgeiz, die Risiken und die Erfolge der Männer zu teilen. Eine früher untypische Aufstiegsmotivation und Faszination für das politische Geschäft sind derzeit unübersehbar: Viele Parlamentarierinnen sind trotz aller Schwierigkeiten oder politischer Rückschläge geradezu in Bann gezogen von dem abwechslungsreichen politischen Alltag, von neuen Kontakten, Reisen und "gezielt-Dinge-in-Bewegung-Setzen". Trotz der Ungleichheit in den Zugangs- und Aufstiegschancen ist Politik für Frauen heute attraktiver und interessanter geworden. Die Mitgliedschaft in einer Partei, ein politisches Mandat oder ein gewähltes Amt enthalten, ebenso wie politisches und soziales Engagement überhaupt, viel Verlockendes für Frauen, die öffentlich sichtbar werden wollen. Viele sehen im politischen Engagement eine Gelegenheit, die Geschicke des Landes mit zu gestalten oder "die Demokratie zu verwirklichen".

3. Zum Selbstverständnis politisch aktiver Frauen

In der Nachkriegszeit fällt ein Paradox auf: Obgleich unzählige Frauen in den ersten Jahren der Republik politisch aktiv wurden - in Frauenausschüssen oder Frauenverbänden - scheinen sie selbst dieses Engagement nicht als "politisch" zu definieren. Politik bleibt überwiegend "Männersache". Doch dieses Phänomen trifft nicht nur auf die Frauen zu, die sich vorparlamentarisch betätigten, sondern erstaunlicherweise auch auf Frauen, die parlamentarisch tätig geworden sind, sei es im Gemeinderat, im Land- oder Bundestag. Deutlich wird bei der älteren Generation ein Selbstbild als im Grunde "unpolitische Frau": "Ich bin keine politische Frau in dem Sinne", so bringt es eine befragte Politikerin auf den Begriff. Viele, auch spätere Ministerinnen, haben nach ihren eigenen Beschreibungen kaum politischen Ehrgeiz gekannt und keine politischen Ämter oder gar Macht von sich aus angestrebt. So erinnert sich Annemarie Griesinger, die 1972 von Kurt Georg Kiesinger als erste CDU-Sozialministerin ins Kabinett nach Baden-Württemberg geholt wurde und die heute noch ehrenamtlich politisch aktiv ist, geradezu bescheiden: "Und dann geht das ja zwangsläufig ... 'Menschenskind, die Griesinger, die könnte doch bei uns in den Vorstand kommen, nicht?' 'Kandidieren Sie doch bitte!' Und dann kamen die Frauen: 'Und wir brauchen so dringend 'ne junge Frau. Könnten Sie nicht ein bißl' mitarbeiten?' Dann hat mich die Geschäftsführerin geplagt, so dass ich fast 'ne moralische Verpflichtung hatte mitzumachen, ich wollte eigentlich gar nicht".

Auch bei der SPD-Abgeordneten Marta Schanzenbach, die von 1949 bis 1972 im Bundestag vertreten war und Mitglied des Parteivorstandes und des Parteipräsidiums (und stellv. Bundes-vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt) wurde, ergab sich ihr politischer Aufstieg "fast zwangsläufig": "Bei mir ist das alles so, eines hat das andere mit sich gebracht, durch Zufälle oft, ... bei mir mit meinen Funktionen. Und ich wollte gar nicht ... ich wollte diese Funktionen gar nicht haben, ich habe sie mir gar nicht zugetraut, weil ich nicht wusste, was die von mir verlangen ..."

Gleichzeitig gab es selbstbewusste, starke und lautstarke Politikerinnen, vor denen die männlichen Kollegen zitterten, wie die Alterspräsidentin des zweiten und dritten Bundestages, die promovierte Staatsrechtlerin und FDP-Abgeordnete Marie-Elisabeth Lüders, oder die große alte Dame der Union Helene Weber, die - wie Lüders - noch Mitglied des Reichstages gewesen war. 1961 konnte H. Weber dem Altbundeskanzler Konrad Adenauer endlich eine erste Ministerin abtrotzen: die Juristin Elisabeth Schwarzhaupt, eine Vertreterin der jüngeren Generation, die allerdings von Gedanken und Zielen der ersten deutschen Frauenbewegung inspiriert war und die vor allem gegen die Benachteiligung von Ehefrauen im Familienrecht stritt. Vielleicht haben Frauen wie sie die spätere Radikalität der frauenbewegten Töchter nach 1968 mit vorbereitet, auch wenn diese ihre Kraft zunächst aus der Abgrenzung von den "angepassten Müttern und Vätern der Adenauer-Zeit" bezogen.

Heutige Parlamentarierinnen beschreiben sich selber mit Begriffen wie Mut, Einsatzbereitschaft, Ehrgeiz und Belastbarkeit. Viele sehen sich als klar, dynamisch, arbeitsorientiert, entschlussfreudig und durchsetzungsfähig. Dieses sind Eigenschaften, die traditionellerweise eher Männern zugeschrieben werden. Klassisch weibliche Stereotype, nämlich Fähigkeiten wie Fürsorglichkeit, Nachgiebigkeit und Flexibilität, tauchen in den Selbstbeschreibungen von heutigen Parlamentarierinnen kaum auf. Frauen sind heute (oder definieren sich als) autonomer und unabhängiger von männlicher Wertschätzung. Sie beanspruchen mit größerem Selbstbewusstsein, aber noch keineswegs selbstverständlich, ihren Platz in der Politik. Sie werden dort sichtbarer und wollen dies nicht nur vorübergehend bleiben. Dies bedeutet allerdings, dass sie mit anderen, neuartigen Widerständen, massiven Bedrohtheitsgefühlen und subtileren Abwehrstrategien von seiten männlicher Kollegen rechnen müssen und mit der Unflexibilität von Strukturen und eingefahrenen Verhaltensstilen. Das Bewusstsein und die Erfahrung dieser Schwierigkeiten prägen durchweg alle Aussagen der Politikerinnen.

4. Frauenpolitisches Engagement

Für Parlamentarierinnen in der Nachkriegszeit wurde ein weiteres Paradox festgestellt: Obwohl sie sich in ihrem Beruf und später im Bundestag für Frauenbelange einsetzten (Gleichberechtigungsgesetz 1957, Scheidungsrecht 1961, §218), weisen sie das Selbstbild einer Frauenpolitikerin weit von sich. So hat die damals vierzigjährige Annemarie Griesinger, als sie 1964 in den Bundestag gewählt wurde, sogleich ein Landfrauenprogramm erstritten, das vielen bäuerlichen Familien und hier vor allem den Müttern finanzielle

Unterstützung brachte. Ohne sie wäre es vermutlich ad acta gelegt worden. Sie selbst bestreitet allerdings resolut, eine "Frauenpolitikerin" zu sein: "Ich hatte nie Emanzipationsprobleme", resümiert die heute 75-Jährige.

Daneben finden wir die offene Absage an Positionen einer "Frauenrechtlerin": "Und ich habe nie zu der Gruppe der Frauenrechtlerinnen gehört. Ich habe mich durchgeboxt, so gut ich kann und bin dahin gekommen, wohin ich gekommen bin, weiter als ich je angestrebt habe, aber nie auf dem Wege der Verteidigung der Rechte der Frau als etwas besonderes, sondern der Verteidigung des Menschen", so die FDP-Nachrückerin für Theodor Heuss im ersten Bundestag, die spätere UN-Diplomatin Margarethe Hütter, die heute in Bonn lebt.

Und Elisabeth Selbert setzt sich im Parlamentarischen Rat für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein, indem sie sich von "frauenrechtlerischen Tendenzen" klar distanziert: "Unsere Forderung auf diese Art Gleichberechtigung entspringt auch nicht frauenrechtlerischen Tendenzen. Ich bin in den 30 Jahren, in denen ich in der politischen Bewegung stehe, nie Frauenrechtlerin gewesen und werde es nie sein." (Sitzung des Hauptausschusses im Parlamentarischen Rat vom 18.1.1949.) Aussagen wie diese irritieren: Obgleich sich viele Parlamentarierinnen vehement für die Verbesserung der Lebenssituation und -chancen von Frauen eingesetzt haben, bestreiten sie gleichzeitig die Legitimität von Frauenpolitik überhaupt. "Es gibt keine spezielle Politik für Frauen!" meint Emmy Diemer-Nicolaus, die heute über 80jährige Juristin, die sich als Strafrechtsexpertin fast 30 Jahre lang für die Verbesserung der Stellung von Frauen im Ehe- und Familienrecht und schon in den 60er Jahren für die Reform des Paragraphen 218 eingesetzt hatte.

Vermutlich hielt der Begriff Frauenpolitik in der Nachkriegszeit noch für viele eine negative Wertung bereit. Frauenpolitik - so klingt es aus manchen Interviews heraus - bedeutete eine Einschränkung eines universalistischen Anspruchs auf Gleichheit und Gerechtigkeit für alle Menschen, der lange Jahre politisch unterdrückt worden war. Hinzu kommt die prägende (und damals noch frische) Erfahrung gesellschaftlicher Instrumentalisierung und zynischer Inanspruchnahme von Frauenpolitik für staatliche Interessen im Nationalsozialismus.

Vielleicht war es für die ersten Parlamentarierinnen sinnvoll, den dominanten Männerbund in Regierung und Parlament nicht durch ein zu auffälliges Frausein oder durch eine offene Bezugnahme auf das emanzipatorische Sendungsbewusstsein früherer Suffragetten oder Frauenrechtlerinnen zu verunsichern. Gab es den nach außen agierenden Frauen doch einen Schutz- und Schonraum für ihr ungewohntes Auftreten. Auf diese Weise gelang vielleicht manch frauenpolitischer Erfolg, gerade weil er nicht von einer Politikerin im Gewand der "Frauenrechtlerin" durchgesetzt wurde.

"Was es mir in der Fraktion manchmal leichter gemacht hat, ist vielleicht mein etwas 'rundlicher Typ' gewesen, der den Männern dabei

entgegengekommen ist, Forderungen von mir zu akzeptieren. Bei mir haben sie immer das Gefühl gehabt, wenn die Elfriede das sagt, die will uns ja nichts Böses. Die haben mich nie als 'Emanzipierte' gesehen, die ich nach eigenem Empfinden durchaus war. Du hast es sehr viel schwerer gehabt", so die SPD-Abgeordnete Elfriede Eilers zu ihrer Fraktionskollegin, der jüngeren Renate Lepsius.

Die Anpassungserfordernisse an die männlichen Spielregeln und Mitspieler in der Politik waren enorm - schier unerfüllbar. Groß und schlank oder gar "emanzipiert" durften die Kolleginnen offenbar nicht sein. Vermutlich am allerbesten wäre es gewesen, sie wären gar keine Frauen. So berichtet die erste sozialdemokratische Gesundheitsministerin ab 1966 im Kabinett der Großen Koalition Käte Strobel: "Einmal sagte Willy Brandt: 'Ich wüsste noch einen schönen Witz, aber der ist eigentlich nichts für Frauenohren. Käte, hör' halt weg!' Darauf sagte Helmut: 'Wieso, Käte habe ich immer für einen Mann gehalten.' So war seine Art, eine Person zu akzeptieren."

Manche Politikerinnen, oft solche, die ledig und ohne Kinder blieben, fielen z. B. in der Medienberichterstattung unter das Verdikt, allein "mit der Politik verheiratet" zu sein. Der Volksmund prägte allerlei skurrile Spitznamen und hämische Verballhornungen, die auf die "Blaustrümpfigkeit" dieses Frauentyps in der Politik anspielten. So wurde die erste Ministerialrätin in Nordrhein-Westfalen Christine Teusch "Christine Keusch" genannt. - Helmut Schmidt rief seine Kollegin, die spätere Ministerin Käte Strobel, stets "Tante Käte".

Viele der "großen alten Damen" in der Nachkriegspolitik ähnelten auf Fotos, die wir von ihnen sehen, durchaus dem Bild einer in schwarz gekleideten, altjüngferlichen Zofe. Damit entsprachen sie vordergründig dem bekannten Abwehrklischee bedrohter Männlichkeit und getrennter Wirkungsbereiche: Sie hatten in den Augen der Männer ihre Präsenz in der männlichen Sphäre mit einem Verlust an Individualität und an genormter "Weiblichkeit" bezahlt. Frauen mussten sich - so scheint es - die Präsenz im sichtbaren Raum der Öffentlichkeit mit der Aufgabe der Eindeutigkeit ihres Geschlechts erkaufen. Oder, wie es die Soziologin Margrit Brückner ausdrückt: "Die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht scheint bei gesellschaftlich wichtigen Tätigkeiten zu stören und muss weggedacht werden. Doch während dem männlichen Menschen die Eigenschaft zugesprochen wird, als Mann für beide Geschlechter einzutreten ..., wird der Frau ihr Geschlecht genommen, sie wird geschlechtslos gemacht ... Auf der Basis dieses Verlustes ist ihr Machtzuwachs erträglich."

Das Versprechen, die dominante Männerkultur in Regierung und Parlament nicht durch ein zu auffälliges Frausein oder durch eine sichtbar demonstrierte weibliche Körperlichkeit zu verunsichern, war nicht etwa anachronistisch, sondern - so meine Interpretation - erwies sich damals als durchaus sinnvoll.

Interessanterweise verneinen auch heute aktive Politikerinnen, aus einer explizit frauenspezifischen Betroffenheit in die Politik gegangen zu sein. Sie

nennen seltener Frauenthemen als ihre speziellen Interessens- und Fachgebiete, obgleich diese früher auch zu ihren inhaltlichen Schwerpunkten gehörten. Die meisten (selbst diejenigen, die sich für eine Frauenquote einsetzen) hätten Probleme, wenn sie selbst als Quotenfrau bezeichnet werden würden. Interessant ist im hiesigen Kontext die Vermeidung des Begriffs "Feministin" - ganz im Gegensatz zu den USA, wo zur Zeit genau das Gegenteil festgestellt wird.

Es hat den Anschein, als ob in den Selbstbildern von Politikerinnen eine für unsere Gesellschaft typische Abwertung der Interessen und Problemlagen von Frauen und damit zusammenhängend eine Abwertung von Frauenpolitik überhaupt präsent und wirksam wird. Einige Interviewte (besonders aus CDU und FDP) vermeiden eine Einordnung in oder Zuordnung zu der Großgruppe Frauen. Dieses geschieht vermutlich aus zwei Gründen: Erstens soll es nicht zu einer Polarisierung zwischen den Geschlechtern kommen. Zweitens kann durch solche Aussagen vermieden werden, sich explizit als Frau in der Politik zu thematisieren und sich auf diese Weise politisch festzulegen. Aber vielleicht soll durch die rhetorische Absage an die Notwendigkeit einer speziellen Frauenpolitik und durch die Vermeidung einer Selbstbezeichnung als "Frauenpolitikerin" eventuell wirksamen stereotypen Weiblichkeitsbildern über das, was sich für eine Frau schickt und was nicht, aus dem Weg gegangen werden. Insofern kann dem ein kritischer und bewusst reflektierender Umgang mit gängigen Weiblichkeitsstereotypen zugrunde liegen.

"Frauenrechtlerei" und "Feminismus" sind bei uns politisch besetzte Begriffe, die die Politikerinnen zumeist für sich ablehnen. Sie wollen als Individuen kämpfen, nicht als Vertreterinnen einer Gruppe. Es gibt in Deutschland nur wenige Frauen in Führungspositionen, die selbstbewusst als "Feministin" oder gar als "Quotenfrau" auftreten, wie es z.B. die Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach tut. Die Schmälerung des eigenen frauenpolitischen Engagements hat eine institutionelle Tradition: Auch den Parteien ist es in den Nachkriegsjahrzehnten der Bundesrepublik darum gegangen, ihren Frauengruppen keinen sogenannten "Sonderstatus" einzuräumen. In allen Parteien wurde zunächst die Notwendigkeit einer speziellen Politik und Organisationsform für Frauen bestritten. Frauen seien nur eine Gruppe unter vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, denen kein Sonderstatus zukommen solle. Mit ihrem "Partikularinteresse" solle keine "allgemeine Politik" bestimmt werden. Und dieses Muster akzeptierten viele Frauen für ihr eigenes (frauen)politisches Selbstverständnis. Hieran ist bemerkenswert, dass der Anspruch von Frauen, als gleichberechtigte Bürgerinnen Anerkennung zu finden und auf der Einlösung auch ihrer bürgerlichen Freiheitsrechte zu beharren, als Ansinnen einer partikularen Interessensgruppe abgetan wird.

Hingegen hat sich in der neuen Frauenbewegung und in der von ihr beeinflussten Öffentlichkeit ein Verständnis von Frauenpolitik durchgesetzt, in dem diese nicht nur ein Segment eines arbeitsteiligen Ensembles von anderen Politiken darstellt, sondern ein universalistisches Projekt. Ähnlich wie in der marxistisch interpretierten Arbeiterbewegung die Arbeiter als Träger eines legitimen Allgemeininteresses gesehen wurden, wird heute auch die

Orientierung der Politik an weiblichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen als Chance gesehen, der sexistischen und instrumentellen Bornierung der realen Politik Grenzen zu setzen. Ihr Telos hätte sie nicht in einer Stärkung vorgeblicher weiblicher Sonderinteressen, sondern in einem egalitären Geschlechterverhältnis, das Frauen und Männer gleichermaßen umfasst.

5. Resümee

Zusammengefasst sind die Ergebnisse meiner Untersuchung keineswegs eindeutig: So habe ich zum Beispiel entgegen den eigenen Vorvermutungen kein "frauenspezifisches Politikverständnis" im Sinne eines "anderen Politik- und Führungsstils" gefunden. Insofern muss ein zu den eigenen Erwartungen gegenläufiger Befund konstatiert werden. Andererseits ist zu sagen, dass ich ein anderes Politikverständnis von Frauen modifiziert gefunden habe. Das Politikverständnis, das die Befragten äußern, ist offensichtlich in einem starken Maße von dem geprägt, was wir Alltagspolitik nennen würden. Es ist praxis- und personenbezogen sowie besonders an Fragen orientiert, wie Menschen leben und wie ihnen in bestimmten Problemlagen geholfen werden kann. Viele Politikerinnen thematisieren ihren Bezug zu der täglichen Lebenspraxis. Diese bestimmt auch die Inhalte ihrer parlamentarischen Arbeit. Nach meinen Ergebnissen aber auch nach anderen Studien sind es vor allem die weiblichen Abgeordneten, die Themen in die Diskussion bringen, die nach gängiger patriarchaler Sicht der privaten Sphäre zugerechnet werden. In ihren Debattenbeiträgen behandeln sie Fragen wie: weibliche Erwerbstätigkeit, Mutterschutz, Abtreibung, Scheidungsrecht, soziale Sicherung, Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, Umwelt- und Naturschutz sowie Verbraucherfragen. Obgleich sich das Themenspektrum der heutigen Parlamentarierinnen im Vergleich zu denen der ersten Legislaturperioden erheblich erweitert hat, thematisieren vor allem Frauen Fragen der weiblichen Alltags- und Berufspraxis.

Gleichzeitig muss gesagt werden: Trotz des über die vergangenen fünf Jahrzehnte angestiegenen Frauenanteils in den Parlamenten ist die reale Macht in Deutschland immer noch zu Ungunsten von Frauen verteilt. Die Rekrutierungsmechanismen und parlamentarischen Spielregeln haben sich noch nicht grundsätzlich geändert. Sie sind aber auch nicht unverändert. Dazu beigetragen haben v.a. die seit den 80er Jahren veränderte Kandidaten-auswahl der Parteien, z.B. durch Quotierungen, numerische Zielvorgaben, Frauenförderpläne, Frauenlisten etc. Seit den 70er Jahren hat sich das gesellschaftliche Klima für politisch aktive Frauen positiv ausgewirkt. Aber Politik ist, von ihren Organisationsstrukturen, Kommunikationsformen und Versammlungsstilen bis zu machtvollen Positionen nach wie vor fest in männlicher Hand. Das mögliche Subversionspotenzial von Frauen in politischen Führungspositionen kann dort zum Schweigen gebracht werden, es kann benutzt und ausgebeutet werden zur Stabilisierung der Mängel, die das bürokratisch - technische Handeln notwendig mit sich bringt, damit sich der Männerbund nicht ändern muss. Geschlechtsspezifische Zuweisungen und Polarisierungen haben nicht aufgehört zu existieren. Von Politikerinnen wird z.T. immer schon erwartet, dass sie sog. "weibliche" Themen besetzten und "weiche" Positionen einbrächten. Der Blick auf das Geschlecht wirkt damit weiter: Er determiniert und begrenzt Frauen und Männer nach wie vor trotz

gegenteiliger Rhetorik. All dies wirkt unter Umständen als Wiederholung und Verlängerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Diese Tatsache erscheint mir bedenkenswert: Es bedeutet langfristig einen immer stärkeren Legitimitätsverlust für die repräsentative Demokratie, wenn nach wie vor nur ein Bruchteil der Frauen repräsentiert ist. Dies speziell, weil es - nach meinen Ergebnissen aber auch nach anderen Studien - weibliche Abgeordnete sind, die Probleme der alltäglichen Lebens- und Berufspraxis von Frauen, Jugendlichen und anderen sozialen Ziel- oder Randgruppen abdecken. Für die demokratische Legitimation moderner Gesellschaften ist die verstärkte Präsenz und Partizipation von Frauen gleichzeitig Herausforderung und ein noch immer unabgeschlossenes Projekt.